S 2 AL 1377/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Berufliche Weiterbildung – Anspruch auf Weiterbildungsprämie – Voraussetzungen der Förderung – Bildungsgutschein für eine Weiterbildung für beschäftigte Arbeitnehmer – kein Anspruch auf Prämie bei geförderter Weiterbildung gem § 82 SGB III – keine analoge Anwendung des § 131a Abs 3 SGB III – keine planwidrige Regelungslücke – Verfassungsmäßigkeit
Leitsätze	Im Falle der besonderen Förderung als beschäftigter Arbeitnehmer begründet der erfolgreiche Abschluss einer beruflichen Weiterbildung keinen Anspruch auf eine Weiterbildungsprämie.
Normenkette	SGB III § 81 Abs 1 S 1 F: 2018-12-18; SGB III § 81 Abs 4 S 1 F: 2018-12-18; SGB III § 82 Abs 1 S 1 F: 2018-12-18; SGB III § 82 Abs 2 S 1 F: 2018-12-18; SGB III § 82 Abs 4 S 1 F: 2018-12-18; SGB III § 82 Abs 4 S 2 F: 2018-12-18; SGB III § 87a Abs 1; SGB III § 131a Abs 3 Nr 2 F: 2016-07-18; GG Art 3 Abs 1

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 AL 1377/21
Datum	10.05.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 AL 1596/22
Datum	25.11.2022

3. Instanz

Datum	14.12.2023

Â

Auf die Revision der Beklagten werden das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 25.Â November 2022 sowie das Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 10.Â Mai 2022 aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Die Beteiligten haben in allen RechtszÃ¼gen einander keine auÃergerichtlichen Kosten zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die Beteiligten streiten Ã¼ber die GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie.

2
Die KlÃ¤gerin ist ausgebildete Heilerziehungspflegerin. Nach kurzer Arbeitslosigkeit begrÃ¼ndete sie mit Wirkung zum 1.4.2020 ein ArbeitsverhÃ¤ltnis zu dem Betreiber eines Seniorenheims. Die beklagte Bundesagentur fÃ¼r Arbeit stellte der KlÃ¤gerin einen Bildungsgutschein fÃ¼r die Weiterbildung zur examinierten Altenpflegerin ab dem 1.4.2020 aus, in dem sie sich verpflichtete, 50Â Prozent der Lehrgangskosten zu tragen (Bescheid vom 2.3.2020). Die verbleibenden Kosten der Weiterbildung Ã¼bernahm der Arbeitgeber. Sodann nahm die KlÃ¤gerin auf der Grundlage des Bildungsgutscheins parallel zu ihrer BeschÃ¤ftigung die Weiterbildung zur Altenpflegerin an einer Berufsfachschule auf. Am 25.3.2021 bestand sie die AbschlussprÃ¼fung. Ihren Antrag auf GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie lehnte die Beklagte ab (Bescheid vom 31.3.2021, Widerspruchsbescheid vom 30.4.2021).

3
Das SG hat die Beklagte zur Zahlung einer WeiterbildungsprÃ¤mie iHv 1500Â Euro verurteilt (Urteil vom 10.5.2022). Das LSG hat die Berufung der Beklagten zurÃ¼ckgewiesen (Urteil vom 25.11.2022). Die Voraussetzungen der Vorschrift des Â§Â 131a AbsÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ III seien erfÃ¼llt, wonach ein Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie bei erfolgreichem Abschluss einer â□□nach Â§Â 81 SGBÂ III gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildungâ□□ bestehe. Dem Anspruch stehe nicht entgegen, dass Rechtsgrundlage fÃ¼r die FÃ¶rderung der Weiterbildung der in einem BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis stehenden KlÃ¤gerin Â§Â 82 SGBÂ III â□□ und nicht Â§Â 81 SGBÂ III â□□ gewesen sei. Das Tatbestandsmerkmal der â□□nach Â§Â 81 SGBÂ III gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildungâ□□ beziehe sich allein auf das in Â§Â 81 AbsÂ 4 SGBÂ III geregelte Bildungsgutscheinverfahren, das auch fÃ¼r nach Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderte Weiterbildungen gelte. Bei Â§Â 82 SGBÂ III handele es sich lediglich um eine Sonderregelung zu Â§Â 81 SGBÂ III fÃ¼r beschÃ¤ftigte Arbeitnehmer. Die BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs gehe ausdrÃ¼cklich davon aus, dass auch â□□beschÃ¤ftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerâ□□ anspruchsberechtigt seien.

4
Mit ihrer vom LSG zugelassenen Revision rÃ¼gt die Beklagte eine Verletzung des Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III. Nur auf der Grundlage von Â§Â 81 SGBÂ III gefÃ¶rderte Weiterbildungen lÃ¶sten einen Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie aus. Der Wortlaut des Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III sei eindeutig. Soweit die BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs â□□beschÃ¤ftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerâ□□ erwÃ¤hne, beziehe sich dies ausschlieÃ□lich auf beschÃ¤ftigte geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf der Grundlage von Â§Â 81 SGBÂ III an einer abschlussbezogenen Weiterbildung teilnÃ¤hmen.

5
Die Beklagte beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 25.Â November 2022 sowie das Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 10.Â Mai 2022 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

6
Die nicht anwaltlich vertretene KlÃ¤gerin hat sich nicht geÃ¤uÃ□ert und keinen Antrag gestellt.

II

7
Die zulÃ¤ssige Revision der Beklagten ist begrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG). Das LSG hat die Berufung der Beklagten gegen das stattgebende Urteil des SG zu Unrecht zurÃ¼ckgewiesen. Das SG hat die Beklagte zu Unrecht zur Zahlung einer WeiterbildungsprÃ¤mie verurteilt und deren entgegenstehende Bescheide aufgehoben. Der Bescheid vom 31.3.2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.4.2021 (Â§Â 95 SGG) ist rechtmÃ¤Ã□ig. Die KlÃ¤gerin hat keinen Anspruch auf GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie.

8
A. Als Rechtsgrundlage fÃ¼r den geltend gemachten Anspruch auf GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie kommt allein Â§Â 131a AbsÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ III in der Fassung durch das Gesetz zur StÃ¤rkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung vom 18.7.2016 (Arbeitslosenversicherungsschutz- und WeiterbildungsstÃ¤rkungsgesetz â□□ AWStG; BGBlÂ I 1710) in Betracht. Die Entstehung und der Fortbestand sozialrechtlicher AnsprÃ¼che bzw RechtsverhÃ¤ltnisse beurteilen sich nach dem Recht, das zur Zeit der anspruchsbegrÃ¼ndenden Ereignisse oder UmstÃ¤nde gegolten hat, soweit nicht spÃ¤ter in Kraft getretenes Recht etwas anderes bestimmt (BSG vom 27.8.2008 â□□Â BÂ 11Â AL 11/07Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 335 NrÂ 1 RdNrÂ 13 mwN; BSG vom 29.8.2012 â□□Â BÂ 12Â KR 3/11Â RÂ â□□ BSGE 111, 268 =Â SozR 42400 Â§Â 24 NrÂ 7, RdNrÂ 12). MaÃ□geblich ist nach der genannten Vorschrift der Beginn der nach Â§Â 81 SGBÂ III gefÃ¶rderten beruflichen WeiterbildungsmaÃ□nahme vor Ablauf des 31.12.2020 und das spÃ¤tere Bestehen der AbschlussprÃ¼fung. Der dort genannte Termin ist zwar bereits durch das Gesetz zur FÃ¶rderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur

Weiterentwicklung der AusbildungsfÃ¶rderung vom 20.5.2020 (BGBlÂ I 1044) mit Wirkung vom 29.5.2020 dahingehend geÃ¤ndert worden, dass fÃ¼r den Anspruch auf eine PrÃ¤mie die MaÃnahme vor Ablauf des 31.12.2023 begonnen haben muss. Die Vorschrift in der Fassung des AWStG (im Folgenden: aF) war danach nur bis zum 28.5.2020 in Kraft. Hier trat die KlÃ¤gerin ihre gefÃ¶rderte Ausbildung zur examinierten Altenpflegerin aber bereits am 1.4.2020 und damit noch unter Geltung des Â§ 131a Abs 3 SGB III aF an. Der genaue Zeitpunkt der AbschlussprÃ¼fung ist fÃ¼r die Anwendung der Vorschrift hingegen unerheblich. Die AbschlussprÃ¼fung muss lediglich bestanden sein.

9
Nach Â§Â 131a AbsÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ III aF erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (im Folgenden einheitlich: Arbeitnehmer), die an einer nach Â§Â 81 SGBÂ III gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildung teilnehmen, die zu einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf fÃ¼hrt, fÃ¼r den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, eine PrÃ¤mie von 1500Â Euro fÃ¼r das Bestehen der AbschlussprÃ¼fung, wenn die MaÃnahme vor Ablauf des 31.12.2020 beginnt. Â§Â 444a AbsÂ 2 SGBÂ III bestimmt als Sonderregelung zum AWStG ergÃ¤nzend, dass der Anspruch auf Zahlung einer WeiterbildungsprÃ¤mie nach Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF fÃ¼r Arbeitnehmer gilt, die an einer nach Â§Â 81 SGBÂ III gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildung teilnehmen, die nach dem 31.7.2016 beginnt.

10
Die KlÃ¤gerin hat nach Â§Â 131a AbsÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ III aF keinen Anspruch auf GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie. Auf der Grundlage von Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderte Weiterbildungen kÃ¶nnen keinen Anspruch auf GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie begrÃ¼nden. So liegt der Fall hier.

11
1. Rechtsgrundlage fÃ¼r die FÃ¶rderung ihrer Weiterbildung zur examinierten Altenpflegerin war Â§Â 82 SGBÂ III und nicht Â§Â 81 SGBÂ III (jeweils in der bei Beginn der Weiterbildung im April 2020 maÃgeblichen, vom 1.1.2019 bis zum 28.5.2020 geltenden Fassung durch das Gesetz zur StÃ¤rkung der Chancen fÃ¼r Qualifizierung und fÃ¼r mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung [Qualifizierungschancengesetz] vom 18.12.2018, BGBlÂ I 2651).

12
a) Nach Â§Â 81 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ III aF kÃ¶nnen Arbeitnehmer bei beruflicher Weiterbildung durch Ãbernahme der Weiterbildungskosten gefÃ¶rdert werden, wenn (NrÂ 1) die Weiterbildung notwendig ist, um sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder weil bei ihnen wegen fehlenden Berufsabschlusses die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt ist, (NrÂ 2) die Agentur fÃ¼r Arbeit sie vor Beginn der Teilnahme beraten hat und (NrÂ 3) die MaÃnahme und der TrÃ¤ger der MaÃnahme fÃ¼r die FÃ¶rderung zugelassen sind. Anerkannt wird die Notwendigkeit der Weiterbildung bei Arbeitnehmern wegen fehlenden Berufsabschlusses gemÃ¤Ã Â§Â 81 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ III, wenn sie (NrÂ 1) Ã¼ber einen Berufsabschluss verfÃ¼gen, jedoch

auf Grund einer mehr als vier Jahre ausgeÃ¼bten BeschÃ¤ftigung in an- oder ungelernter TÃ¤tigkeit eine dem Berufsabschluss entsprechende BeschÃ¤ftigung voraussichtlich nicht mehr ausÃ¼ben kÃ¶nnen, oder (NrÂ 2) nicht Ã¼ber einen Berufsabschluss verfÃ¼gen, fÃ¼r den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist; Arbeitnehmer ohne einen solchen Berufsabschluss, die noch nicht drei Jahre beruflich tÃ¤tig gewesen sind, kÃ¶nnen nur gefÃ¶rdert werden, wenn eine Berufsausbildung oder eine berufsvorbereitende BildungsmaÃnahme aus in ihrer Person liegenden GrÃ¼nden nicht mÃ¶glich oder nicht zumutbar ist oder die Weiterbildung in einem Engpassberuf angestrebt wird. Den Arbeitnehmern wird gemÃ¤Ã Â§Â 81 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ III das Vorliegen der Voraussetzungen fÃ¼r eine FÃ¶rderung bescheinigt (Bildungsgutschein).

13
Nach Â§Â 82 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ III aF kÃ¶nnen Arbeitnehmer abweichend von Â§Â 81 bei beruflicher Weiterbildung im Rahmen eines bestehenden ArbeitsverhÃ¤ltnisses durch volle oder teilweise Ãbernahme der Weiterbildungskosten gefÃ¶rdert werden, wenn (NrÂ 1) Fertigkeiten, Kenntnisse und FÃ¤higkeiten vermittelt werden, die Ã¼ber ausschlieÃlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen, (NrÂ 2) der Erwerb des Berufsabschlusses, fÃ¼r den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist, in der Regel mindestens vier Jahre zurÃ¼ckliegt, (NrÂ 3) der Arbeitnehmer in den letzten vier Jahren vor Antragsstellung nicht an einer nach dieser Vorschrift gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat, (NrÂ 4) die MaÃnahme auÃerhalb des Betriebes oder von einem zugelassenen TrÃ¤ger im Betrieb, dem sie angehÃ¶ren, durchgefÃ¼hrt wird und mehr als 160Â Stunden dauert und (NrÂ 5) die MaÃnahme und der TrÃ¤ger der MaÃnahme fÃ¼r die FÃ¶rderung zugelassen sind. Dem Arbeitnehmer wird das Vorliegen der Voraussetzungen fÃ¼r eine FÃ¶rderung durch einen Bildungsgutschein bescheinigt (Â§Â 82 AbsÂ 4 SatzÂ 1 iVm Â§Â 81 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ III).

14
b) Die Weiterbildung der KlÃ¤gerin zur Altenpflegerin hatte ihre Grundlage in Â§Â 82 SGBÂ III. Dies ergibt sich aus dem Bildungsgutschein vom 2.3.2020. Bei einem Bildungsgutschein handelt es sich um einen Verwaltungsakt (Burkiczak in SchÃ¶nefelder/Kranz/Wanka, SGBÂ III, Â§Â 81 RdNrÂ 34, Stand Juni 2020; B. Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 81 RdNrÂ 108, Stand November 2021). Zur Auslegung von Verwaltungsakten ist auch das Revisionsgericht uneingeschrÃ¤nkt befugt (stRspr; BSG vom 1.3.1979 â Â 6Â RKa 3/78Â â BSGE 48, 56 [58] =Â SozR 2200 Â§Â 368a NrÂ 5 SÂ 10; BSG vom 25.8.2022 â Â BÂ 9Â V 2/21Â RÂ â SozR 43100 Â§Â 18a NrÂ 1 RdNrÂ 20 mwN; BSG vom 6.6.2023 â Â BÂ 4Â AS 4/22Â RÂ â RdNrÂ 40 mwN â Â zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen). Der Bildungsgutschein nennt zwar nicht ausdrÃ¼cklich Â§Â 82 SGBÂ III als Rechtsgrundlage. Allerdings wird die FÃ¶rderungshÃ¶he dort auf 50Â Prozent beschrÃ¤nkt. Derartige BeschrÃ¤nkungen waren nur bei Weiterbildungen nach Â§Â 82 SGBÂ III mÃ¶glich; die Ã¼brigen Kosten trÃ¤gt in diesen FÃ¤llen der Arbeitgeber. Aus der maÃgeblichen Sicht des objektiven

EmpfÃ¤ngerhorizonts (BSG vom 25.10.2017 â□□Â BÂ 14Â AS 9/17Â RÂ â□□ SozR 41300 Â§Â 45 NrÂ 19 RdNrÂ 21Â ff mwN; BSG vom 6.6.2023 â□□Â BÂ 11Â AL 38/21Â RÂ â□□ RdNrÂ 17 mwN â□□Â zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen) ergibt sich damit hinreichend, dass es sich um einen Bildungsgutschein fÃ¼r eine Weiterbildung nach Â§Â 82 SGBÂ III handelt.

15
Abgesehen davon waren auch die Voraussetzungen von Â§Â 81 SGBÂ III nicht erfÃ¼llt. Die KlÃ¤gerin war â□□Â zum Zeitpunkt des Geltungsbeginns des Bildungsgutscheins am 1.4.2020Â â□□ weder arbeitslos (vgl Â§Â 138 SGBÂ III) noch von Arbeitslosigkeit bedroht (vgl Â§Â 17 SGBÂ III). Auch fehlte ihr kein Berufsabschluss, und bei Beginn der Weiterbildung lag eine ihrem Berufsabschluss entsprechende BeschÃ¤ftigung nicht lÃ¤nger als vier Jahre zurÃ¼ck (vgl Â§Â 81 AbsÂ 2 SGBÂ III).

16
2. Der erfolgreiche Abschluss einer nach Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderten Weiterbildung begrÃ¼ndet keinen Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie. Das Tatbestandsmerkmal der â□□nach Â§Â 81 gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildungâ□□ verweist auf die materiellen FÃ¶rderungsvoraussetzungen des Â§Â 81 SGBÂ III. Es handelt sich â□□Â entgegen der Auffassung des BerufungsgerichtsÂ â□□ nicht lediglich um eine Umschreibung des Bildungsgutscheinverfahrens nach Â§Â 81 AbsÂ 4 SGBÂ III, das aufgrund des in Â§Â 82 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ III enthaltenen Verweises auch bei solchen Weiterbildungen durchzufÃ¼hren ist, deren FÃ¶rderung sich nach Â§Â 82 SGBÂ III richtet. Auch handelt es sich bei Weiterbildungen iS des Â§Â 82 SGBÂ III nicht lediglich um einen Unterfall des Â§Â 81 SGBÂ III.

17
a) Bereits der Wortlaut spricht dafÃ¼r, dass mit dem Verweis auf eine â□□nach Â§Â 81 gefÃ¶rderte Weiterbildungâ□□ die materiellen FÃ¶rderungsvoraussetzungen nach Â§Â 81 SGBÂ III in Bezug genommen sind. HÃ¤tte der Gesetzgeber den Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie allein davon abhÃ¤ngig machen wollen, dass das Bildungsgutscheinverfahren durchgefÃ¼hrt wurde, wÃ¤re zu erwarten gewesen, dass er spezifisch Â§Â 81 AbsÂ 4 SGBÂ III zitiert, wo das Bildungsgutscheinverfahren innerhalb von Â§Â 81 SGBÂ III seinen Regelungsstandort hat.

18
b) ErgÃ¤nzend streiten systematische Ã□berlegungen dafÃ¼r, dass mit dem Tatbestandsmerkmal der â□□nach Â§Â 81 gefÃ¶rderten beruflichen Weiterbildungâ□□ in Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF allein die in Â§Â 81 SGB III geregelten materiellen FÃ¶rderungsvoraussetzungen in Bezug genommen worden sind.

19
aa) Dies gilt zunÃ¤chst mit Blick auf die Binnensystematik des Â§Â 131a SGBÂ III. In Â§Â 131a AbsÂ 2 SGBÂ III sind bestimmte Ausnahmen von dem Erfordernis des

Bildungsgutscheins geregelt. In diesem Zusammenhang ist die das Bildungsgutscheinverfahren regelnde Vorschrift des Â§Â 81 AbsÂ 4 SGBÂ III prÃ¤zise auch unter Angabe des einschlÃ¤gigen Absatzes zitiert (â□□Abweichend von Â§Â 81 Absatz 4â□□). HÃ¤tte der Gesetzgeber in Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF â□□Â und damit nur einen Absatz spÃ¤terÂ â□□ ebenfalls allein auf das Erfordernis des Bildungsgutscheins Bezug nehmen wollen, wÃ¤re zu erwarten gewesen, dass er dort Â§Â 81 AbsÂ 4 SGBÂ III in derselben exakten Weise zitiert.

20
bb) Auch legt die Formulierung in Â§Â 180 AbsÂ 1 SGBÂ III (zum 1.4.2012 in Kraft getreten durch ArtikelÂ 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011, BGBlÂ I 2854) nahe, dass der Gesetzgeber die Weiterbildung nach Â§Â 82 SGBÂ III nicht lediglich als Unterfall der Weiterbildung nach Â§Â 81 SGBÂ III auffasst, sondern beide Regelungen als selbstÃ¤ndige Grundlagen der WeiterbildungsfÃ¶rderung ansieht. Danach gelten fÃ¼r eine MaÃ□nahme der beruflichen Weiterbildung â□□nach den Â§Â§Â 81 und 82â□□ fÃ¼r die Zulassung durch die fachkundige Stelle ergÃ¤nzend die Anforderungen der nachfolgenden AbsÃ¤tze. Der Nennung auch des Â§Â 82 SGBÂ III hÃ¤tte es nicht bedurfte, wenn Weiterbildungen iS des Â§Â 82 SGBÂ III ohnehin vom Begriff â□□Weiterbildung nach Â§Â 81 SGBÂ IIIâ□□ erfasst wÃ¤ren.

21
cc) SchlieÃ□lich streitet fÃ¼r eine Auslegung des Tatbestandsmerkmals der â□□nach Â§Â 81 gefÃ¶rderten Weiterbildungâ□□ als Umschreibung des Bildungsgutscheinverfahrens nicht der Umstand, dass die Vorschrift des Â§Â 81 SGBÂ III die Funktion einer Grundnorm im Recht der beruflichen Weiterbildung hat (vgl B.Â Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 81 RdNrÂ 1, Stand November 2021) und Â§Â 82 SGBÂ III textlich an diese Grundnorm anknÃ¼pft (â□□abweichend von Â§Â 81â□□). Trotz dieser engen VerknÃ¼pfung beider Normen handelt es sich bei Â§Â 82 SGBÂ III nicht lediglich um eine unselbstÃ¤ndige Annexregelung zu Â§Â 81 SGBÂ III. In Â§Â 82 SGBÂ III sind Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen vielmehr eigenstÃ¤ndig und abschlieÃ□end geregelt (B.Â Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 82 RdNrÂ 11, Stand Mai 2022). Einzig fÃ¼r das Erfordernis des Bildungsgutscheins verweist Â§Â 82 SGBÂ III auf Â§Â 81 AbsÂ 4 SGBÂ III (Â§Â 82 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ III).

22
c) Die historische Auslegung ist unergiebig. Zwar erwÃ¤hnt die BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs zu Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF ausdrÃ¼cklich auch â□□beschÃ¤ftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerâ□□ (BT-Drucks 18/8042 SÂ 27). Hieraus lÃ¤sst sich aber nicht mit hinreichender Sicherheit folgern, dass auch nach Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderte Weiterbildungen von in einem BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis stehenden Arbeitnehmern einen Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie begrÃ¼nden sollen. Auch Â§Â 81 SGBÂ III erfasst in einem BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis stehende Arbeitnehmer, wenn sie von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder wenn sie Ã¼ber keinen Berufsabschluss verfÃ¼gen (bei Inkrafttreten des Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF: Â§Â 81 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 VarÂ 2 und 3, AbsÂ 2 SGBÂ III; gegenwÃ¤rtig: Â§Â 81 AbsÂ 1 NrÂ 1 VarÂ 2, AbsÂ 2

SGBÂ III).

23
d) Allenfalls die teleologische Auslegung bÃ¶te einen Anhaltspunkt, das Tatbestandsmerkmal der â□□nach Â§Â 81 gefÃ¶rderten Weiterbildungâ□□ als Verweis auf das â□□Â auch fÃ¼r Weiterbildungen auf der Grundlage von Â§Â 82 SGBÂ III geltendeÂ â□□ Bildungsgutscheinverfahren zu verstehen. Sinn und Zweck der WeiterbildungsprÃ¤mie bestehen darin, die Motivation und das DurchhaltevermÃ¶gen der Weiterbildungsteilnehmer zu honorieren (BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs, BT-Drucks 18/8042 SÂ 27; vgl dazu BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 25). Diese Zwecksetzung wÃ¼rde es rechtfertigen, auch im Falle einer nach Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderten Weiterbildung eine PrÃ¤mie zu gewÃ¤hren (vgl B.Â Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 131a RdNrÂ 44, Stand Januar 2022). Das Ergebnis der Wortlaut- und der systematischen Auslegung ist jedoch derart klar, dass es durch die teleologische Auslegung nicht Ã¼berwunden zu werden vermag (zur Bedeutung des eindeutigen Wortlauts als Auslegungsgrenze BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 18 mwN).

24
B. Eine analoge Anwendung des Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF (jetzt Â§Â 87a AbsÂ 1 SGBÂ III) auf nach MaÃ□gabe von Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderte Weiterbildungen ist nicht mÃ¶glich (aA B.Â Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 131a RdNrÂ 44, Stand Januar 2022).

25
1. Die Grenzen der analogen Normanwendung im Ã¶ffentlichen Recht (insbesondere ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG, Â§Â 31 SGBÂ I; vgl dazu etwa BSG vom 14.3.2006 â□□Â BÂ 4Â RA 8/05Â RÂ â□□ SozR 42600 Â§Â 225 NrÂ 2 RdNrÂ 31; BSG vom 12.5.2021 â□□Â BÂ 4Â AS 88/20Â RÂ â□□ SozR 44200 Â§Â 21 NrÂ 35 RdNrÂ 28 mwN; vgl zum Ganzen auch BSG vom 3.11.2021 â□□ B 11 AL 2/21 R â□□ SozR 4-4300 Â§ 131a Nr 1 RdNr 23 f) bedÃ¼rfen hier keiner nÃ¤heren ErÃ¶rterung, denn jedenfalls liegen die Voraussetzungen einer analogen Anwendung des Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF nicht vor.

26
Ob eine planwidrige GesetzeslÃ¼cke vorliegt, ist danach zu beurteilen, ob die vom Regelungsprogramm des Gesetzgebers erfassten FÃ¤lle in den gesetzlichen Vorschriften tatsÃ¤chlich BerÃ¼cksichtigung gefunden haben (BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 24; BGH vom 21.6.2017 â□□Â XIIÂ ZB 636/13Â â□□ juris RdNrÂ 17; BVerwG vom 30.10.2019 â□□Â 6Â C 10.18Â â□□ BVerwGE 167, 20 [25, RdNrÂ 19] =Â Buchholz 422.2 Rundfunkrecht NrÂ 100 =Â juris RdNrÂ 19; BVerwG vom 24.6.2021 â□□Â 5Â C 7.20 Â â□□ juris RdNrÂ 14). Eine vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte LÃ¼cke muss dabei aufgrund konkreter UmstÃ¤nde positiv festgestellt werden kÃ¶nnen, weil sonst jedes Schweigen des Gesetzgebers â□□Â und das ist der Normalfall, wenn er etwas nicht regeln willÂ â□□ als planwidrige LÃ¼cke im Wege der Analogie von den Gerichten ausgefÃ¼llt werden kÃ¶nnte (BSG vom 1.6.2017 â□□Â BÂ 5Â R 2/16Â R

Â â□□ BSGE 123, 205 =Â SozR 4?2600 Â§Â 48 NrÂ 6, RdNrÂ 25; BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 24; BSG vom 25.10.2023 â□□ B 6 KA 26/22 R â□□ RdNr 27 â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozR vorgesehen; BGH vom 22.7.2021 â□□Â IXÂ ZB 7/20Â â□□ juris RdNrÂ 22 mwN; BAG vom 17.12.2019 â□□Â 1Â ABR 35/18Â â□□ BAGE 169, 149 =Â AP BetrVG 1972 Â§Â 106 NrÂ 22, RdNrÂ 41). Es bedarf daher des sicheren Nachweises, dass sich die Regelungsabsicht des Gesetzgebers im Normtext nicht niedergeschlagen hat (BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 24 mwN). Die Regelungsabsicht des Normgebers ist anhand der Gesetzgebungsmaterialien zu bestimmen (BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 24 mwN; BSG vom 25.10.2023 â□□ B 6 KA 26/22 R â□□ RdNrÂ 27 â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozR vorgesehen).

27
2.Â Diese Voraussetzungen einer analogen Anwendung liegen nicht vor, denn der hierfÃ¼r erforderliche sichere Nachweis einer planwidrigen RegelungslÃ¼cke ist nicht mÃ¶glich. Den entstehungsgeschichtlichen Materialien lÃ¤sst sich nicht entnehmen, dass der Gesetzgeber auch Weiterbildungen iS von Â§Â 82 SGBÂ III durch die GewÃ¤hrung einer PrÃ¤mie fÃ¶rdern wollte, dies sich aber bei der Abfassung des Normtextes nicht niedergeschlagen hat. Angesichts des eindeutigen Wortlauts des Â§Â 131a AbsÂ 3 SGBÂ III aF reicht es nicht aus, dass sich den Materialien nicht positiv entnehmen lÃ¤sst, dass die Begrenzung auf Weiterbildungen iS des Â§Â 81 SGBÂ III eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers war. Vielmehr bedÃ¼rfte es umgekehrt des Nachweises, dass der Gesetzgeber die sich aus dem Wortlaut ergebende EinschrÃ¤nkung gerade nicht gewollt hat; daran fehlt es hier.

28
C. Dass eine auf der Grundlage von Â§Â 82 SGBÂ III gefÃ¶rderte Weiterbildung keinen Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie auslÃ¶st, begrÃ¼ndet keinen VerstoÃ□ gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG).

29
1. Der allgemeine Gleichheitssatz gebietet, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Anforderungen an den die Ungleichbehandlung tragenden Sachgrund ergeben sich nach der Rechtsprechung des BVerfG je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Grenzen fÃ¼r den Gesetzgeber, die von gelockerten, auf das WillkÃ¼rverbot beschrÃ¤nkten Bindungen bis hin zu strengen VerhÃ¤ltnismÃ¤Ã□igkeitserfordernissen reichen kÃ¶nnen (s zuletzt etwa BVerfG vom 7.4.2022 â□□Â 1Â BvL 3/18Â uaÂ â□□ BVerfGE 161, 163 [265, RdNrÂ 279] mwN â□□Â auch zum Folgenden). Eine strengere Bindung des Gesetzgebers kann sich aus den jeweils betroffenen Freiheitsrechten ergeben. Zudem verschÃ¤rfen sich die verfassungsrechtlichen Anforderungen, je weniger die Merkmale, an die die gesetzliche Differenzierung anknÃ¼pft, fÃ¼r Einzelne verfÃ¼gbar sind oder je mehr sie sich denen des ArtÂ 3 AbsÂ 3 GG annÃ¤hern. Dem Gesetzgeber kommt im Bereich der gewÃ¤hrenden StaatstÃ¤tigkeit fÃ¼r die Abgrenzung der begÃ¼nstigten Personenkreise ein weiter

Gestaltungsspielraum zu (etwa BVerfG vom 7.2.2012 â□□Â 1Â BvL 14/07Â â□□ BVerfGE 130, 240 [254] mwN = SozR 4-7835 Art 1 Nr 1 RdNr 42; BSG vom 10.11.2022 â□□Â BÂ 5Â R 29/21Â RÂ â□□ BSGE 135, 110 =Â SozR 4-2600 Â§Â 253a NrÂ 1, RdNrÂ 33; vgl auch BSG vom 9.3.2023 â□□ B 10 EG 1/22 R â□□ SozR 4-7837 Â§ 2b Nr 6 RdNr 31). Der Gesetzgeber ist insofern grundsÃ¤tzlich befugt, aus der Vielzahl der Lebenssachverhalte die Tatbestandsmerkmale auszuwÃ¤hlen, die fÃ¼r die Gleich- oder Ungleichbehandlung maÃgebend sein sollen (BSG vom 3.11.2021 â□□Â BÂ 11Â AL 2/21Â RÂ â□□ SozR 44300 Â§Â 131a NrÂ 1 RdNrÂ 26-27 mwN).

30
Im vorliegenden Fall ist lediglich eine PrÃ¼fung am MaÃstab des WillkÃ¼rverbots vorzunehmen. Bei der GewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Gesetzgebers. Die PrÃ¤miengewÃ¤hrung ist weder grundrechtlich geboten noch in besonderer Weise freiheitsrechtlich geschÃ¼tzt. Insbesondere greift insofern nicht der Eigentumsschutz des ArtÂ 14 AbsÂ 1 GG ein, da ein Zusammenhang zu gezahlten VersicherungsbeitrÃ¤gen nicht besteht (vgl zu diesem Kriterium BVerfG vom 7.12.2010 â□□Â 1Â BvR 2628/07Â â□□ BVerfGE 128, 90 [101] = SozR 4-1100 Art 14 Nr 23 RdNr 32 f; BSG vom 22.9.2022 â□□Â BÂ 4Â AS 60/21Â RÂ â□□ SozR 44200 Â§Â 12a NrÂ 3, RdNrÂ 19).

31
2. Nach diesen MaÃstÃ¤ben ist der allgemeine Gleichheitssatz nicht verletzt. Es liegt keine WillkÃ¼r vor. Vielmehr bestehen sachliche GrÃ¼nde dafÃ¼r, dass Arbeitnehmer, deren Weiterbildung auf der Grundlage von Â§Â 82 SGBÂ III erfolgt, keinen Anspruch auf eine WeiterbildungsprÃ¤mie haben.

32
a) Im VerhÃ¤ltnis zu arbeitslosen Arbeitnehmern (Â§Â 81 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 VarÂ 1 SGBÂ III) liegt ein sachlicher Differenzierungsgrund fÃ¼r die NichtgewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie bereits darin, dass die Weiterbildung beschÃ¤ftigter Arbeitnehmer eine Form der betrieblichen Weiterbildung ist. Die betriebliche Weiterbildung ist nach der Vorstellung des Gesetzgebers vorrangig Aufgabe des Arbeitgebers (BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs zum Qualifizierungschancengesetz, BT-Drucks 19/4948 SÂ 26; Bindig in Hauck/Noftz, SGBÂ III, Â§Â 82 RdNrÂ 14, Stand April 2023; R.Â Becker in SchÃ¶nefelder/Kranz/Wanka, SGBÂ III, Â§Â 82 RdNrÂ 14, Stand August 2023; Reichel in jurisPK-SGBÂ III, 3.Â Aufl 2023, Â§Â 82 RdNrÂ 20; B.Â Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 82 RdNrÂ 7, Stand Mai 2022; zur VorgÃ¤ngerregelung des Â§Â 417 SGBÂ III aF bereits BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs zum Job-AQTIV-Gesetz, BT-Drucks 14/6944 SÂ 51). Diese vorrangige Verantwortungszuweisung an den Arbeitgeber wird im Gesetz selbst insbesondere dadurch deutlich, dass eine Weiterbildung auf der Grundlage von Â§Â 82 SGBÂ III nur erfolgen soll, wenn sich der Arbeitgeber in angemessenem Umfang an den Lehrgangskosten beteiligt (Â§Â 82 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ III). Auch die Setzung von Anreizen fÃ¼r die Teilnahme an einer Weiterbildung fÃ¤llt damit in erster Linie in den Verantwortungsbereich des Arbeitgebers und nicht in denjenigen der Beklagten und der Versichertengemeinschaft.

33
b) Im VerhÃ¤ltnis zu von Arbeitslosigkeit bedrohten beschÃ¤ftigten Arbeitnehmern (Â§Â 81 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 VarÂ 2 SGBÂ III) und zu beschÃ¤ftigten Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss (bis 28.5.2020: Â§Â 81 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 VarÂ 3, AbsÂ 2 SGBÂ III; seit 29.5.2020: Â§Â 81 AbsÂ 2 SGBÂ III) liegt ein sachlicher Differenzierungsgrund fÃ¼r die NichtgewÃ¤hrung einer WeiterbildungsprÃ¤mie darin, dass fÃ¼r diese Personen ein deutlich grÃ¶Ãeres Risiko der Arbeitslosigkeit besteht und damit zugleich eine erheblich grÃ¶Ãere Dringlichkeit, durch eine berufliche Weiterbildung Arbeitslosigkeit abzuwenden. â€Drohende Arbeitslosigkeitâ€ setzt schon begrifflich voraus, dass alsbald mit der Beendigung der BeschÃ¤ftigung zu rechnen ist und danach voraussichtlich Arbeitslosigkeit eintritt (vgl Â§Â 17 SGBÂ III). Geringqualifizierte sind jedenfalls abstrakt einem deutlich erhÃ¶hten Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt; ihre spezifische Arbeitslosigkeitsquote ist etwa dreimal so hoch wie die der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (vgl die BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs zu Â§Â 81 AbsÂ 2 SGBÂ III in der ab dem 29.5.2020 geltenden Fassung, BT-Drucks 19/17740 SÂ 39Â f). MaÃnahmen nach Â§Â 82 SGBÂ III werden demgegenÃ¼ber schon bei einem geringeren Grad der ArbeitsplatzgefÃ¤hrdung erbracht; Â§Â 82 SGBÂ III hat eine eher prÃ¤ventive Funktion (vgl B.Â Schmidt in Eicher/Schlegel, SGBÂ III nF, Â§Â 82 RdNrÂ 4, 49, Stand Mai 2022).

34
D. Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 193 AbsÂ 1 SatzÂ 1, AbsÂ 4 SGG.

Â

Erstellt am: 02.05.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024